

Stephan Linck, Die Kirche und die Obrigkeit

Oder: Als Bischöfe Pastoren durch den Verfassungsschutz bespitzeln ließen¹

Vortrag Pinneberg, 23.6.2016

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

mein Vortrag widmet sich dem Verhältnis von Kirche und Obrigkeit nach 1945. Die Terminologie der Obrigkeit ist älteren Datums und für eine Demokratie eher unzutreffend. Dennoch ist die Nachkriegszeit in Westdeutschland von einem Verständnis der gewählten Regierungen als Obrigkeit geprägt, deren Handlungen und Arbeit nicht zu kritisieren sind. Dies galt sowohl für das Selbstverständnis der Regierungen als auch für weite Teile der Evangelischen Kirche.

Besonders sichtbar wird dies am Inlandsgeheimdienst. Der Historiker Dominik Rigoll hat in einer lesenswerten Studie aufgezeigt, wie sich die Arbeit des Verfassungsschutzes auf die Bekämpfung der linken Kritiker der Bundesrepublik konzentrierte und der Historiker Constantin Goschler hat jüngst eine Studie vorgelegt, die aufzeigt, dass der Dienst zahlreiche ehemalige Mitarbeiter der Gestapo und des Sicherheitsdienstes der SS beschäftigte. Ein Schlaglicht auf die Arbeit wirft die Tatsache, dass Gustav Heinemann nach seinem Rücktritt als Bundesinnenminister und Austritt aus der CDU vom Verfassungsschutz bis kurz vor seiner Ernennung zum Bundesjustizminister beobachtet wurde, also von Anfang der 1950er bis Mitte der 1960er. Bei meinen Recherchen zur Kirchengeschichte bin ich auf Vorgänge gestoßen, die die bisherigen Forschungsbefunde eines nicht sehr demokratiekonformen Selbstverständnisses des Verfassungsschutzes bestätigen.

¹ Der Vortrag basiert auf Stephan Linck, Neue Anfänge? Der Umgang der evangelischen Kirche mit der NS-Vergangenheit und ihr Verhältnis zum Judentum Die Landeskirchen in Nordelbien, Band 1: 1945-1965, Kiel 2013, S. 128-140 und 292-314 und Band 2: 1965-1985, Kiel, 2016, S. 326-332. Hier sind jeweils die Quellenbelege zu finden.

Mich beschäftigt die kirchliche Perspektive auf Staat und Gesellschaft, die sich konkret in der Pressearbeit äußerte. Prägend für die Pressearbeit war der Volkstumsforscher SS-Hauptsturmführer Prof. Hans Beyer, den der Historiker Karl Heinz Roth als „Heydrichs Professor“ beschrieben hat, und sein Nachfolger Wolfgang Baader, der ab 1938 als Spitzel des Sicherheitsdienstes ebenfalls in der SS tätig gewesen war.

Ich möchte mit drei Zitaten einführen:

„Bei solchen Leuten halte ich auch jedes seelsorgerliche Gespräch für unmöglich, da wäre nur zu sagen, vielleicht, ja bestimmt auch in aller Liebe und Brüderlichkeit: Mein Freund, du musst erst einmal deinen Mund halten und am besten zwei Jahre Steine kloppen! Ich meine, dass wir da, wo wir in echter Erkenntnis der eigenen Schuld und Schwachheit uns vor Gottes Angesicht befinden, so in aller Demut und Brüderlichkeit aber auch Klarheit sprechen könnten, wie es jetzt offenbar in unsrer Landeskirche leider nicht möglich ist.“ Prof. Dr. Werner Bartsch, damals Pastor in Sahms 1947 an Wilhelm Halfmann.

„Mir ist unklar, warum jemand, der der Gestapo und ihren Vernichtungslagern Zubringerdienst geleistet hat, heute ungestört und ungehindert sich als den für Kirchenfragen Berufenen bezeichnen kann, bzw. warum er – wie er laufend vorgibt – von höchsten kirchlichen Instanzen gestützt und geschützt wird“. Prof. Dr. Hans Willi Besch 1959 an Wilhelm Halfmann

„Ich möchte nunmehr nur noch auch Sie, hochverehrter Herr Präsident, zu dem ich ein uneingeschränktes Vertrauen habe, bitten, Herrn Baader dahingehend zu beeinflussen, mich mit Briefen zu verschonen. Sie bringen mir und den Meinen nur schweren Kummer und erinnern uns in ihrer beleidigenden Art an Zeiten,

die wir endlich doch einmal vergessen möchten, um zu einer positiven Einstellung zu Welt und Menschen zu kommen.“

Die ersten beiden Zitate beziehen sich auf Hans Beyer, den Leiter der landeskirchlichen Pressestelle, das dritte Zitat stammt von Pastor Dr. Johann Haar 1957 an den Kirchenamtspräsidenten Oscar Epha und bezieht sich auf den Nachfolger Beyers, Wolfgang Baader.

Wie war es möglich, dass Beyer und Baader mit ausdrücklicher Billigung der kirchenleitenden Bischöfe eine landeskirchliche Pressearbeit aufbauen und über Jahrzehnte betreiben konnten, deren Strukturmerkmale der Tätigkeit des Sicherheitsdienstes der SS fatal ähnelten?

Am 16. Mai 1947 beschloss die Kirchenleitung, *„Professor Beyer mit der Leitung der Landeskirchlichen Pressestelle zu beauftragen.“* Beyer hatte seit Ende 1945 Kontakt zu Bischof Halfmann, der bereits durch verschiedene Briefwechsel wusste, dass sich Beyer aufgrund erheblicher NS-Belastung vor der Entnazifizierung verstecken musste. Er wurde kein Pressesprecher – die Öffentlichkeit musste er ja meiden. Statt eines Arbeitsvertrages liegt in den Unterlagen ein Schreiben vor, demzufolge sich die *„inhaltliche Bestimmung“* der Beauftragung *„aus den Aussprachen ergibt, die Sie vor der erwähnten Sitzung mit Herrn Bischof Halfmann hatten.“* Es wurde also schriftlich fixiert, dass ohne Zeugen geführte mündliche Absprachen gültig waren. Inhaltlich wurde festgelegt, dass mit Leitung der Pressestelle die Beobachtung der Presse, Informationsbeschaffung und Berichterstattung u.a. durch die Herausgabe von *„Informationen über grundsätzliche Probleme“* gemeint war. Die inhaltliche Ausrichtung der Arbeit erschließt sich nur indirekt: Als Halfmann verschiedene Personen um Leumundszeugnisse für Beyer angeschrieben hatte, hatte er

konkret nach der Befähigung Beyers für die Themen „*Kirche, Volkstum, Vermassung, Umvolkung, Gesinnungswandel u. dergl.*“ gefragt.

Offenbar wollte man – ich sage mal – „die Welt“ verstehen, hatte aber den Zugang zu den bestehenden Verhältnissen verloren, dies bezog sich auf die Besatzungsmacht und die sozialdemokratische Landesregierung, Beyer schrieb 1947 von der „*Zeit einer vorübergehenden Bolschewisierung*“. Hier traf er wohl eine Empfindung der kirchlichen Mehrheit, für die Stalinisten und Sozialdemokraten eine große Schnittmenge hatten: Atheismus und Marxismus. Beyer lieferte in den folgenden Jahren umfangreich Hintergrundinformationen über Atheisten, Linke und Katholiken.

In der Person und Arbeitsweise von Beyers Nachfolger, Wolfgang Baader, zeigte sich, dass der nachrichtendienstliche Charakter der Pressearbeit nicht Beyer allein geschuldet war. Im Gegenteil: Baader professionalisierte die Arbeitsweise Beyers und verquickte dies ebenfalls mit einer denunziatorischen Praxis. Unangenehmes Beispiel ist eine Pressemitteilung Baaders 1960 über die Einstellung der Ermittlungen wegen antisemitischer Bedrohung von Pastor Dr. Johann Haar, da hieß es: „*Pastor Haar – Pellworm ist Vierteljude und Sozialdemokrat.*“ Auch wenn Bischof Wester empört auf der Pressemitteilung „*Was soll das?*“ notierte, hatte solche Praxis keine Konsequenzen.

Baader war die Leitung der landeskirchlichen Pressestelle und des Evangelischen Presseverbandes in Personalunion übertragen worden.

Zielgerichtet richtete er die Pressearbeit der Landeskirche politisch aus. Hierzu dienten ihm der „*Vertrauliche Informationsdienst. Kirchliche Informationen für Schleswig-Holstein*“, der ab dem 22. Januar 1953 in unregelmäßigem Erscheinen an einen ausgewählten Empfängerkreis verschickt wurde. Die „*Vertraulichen Informationen*“ – so vertraulich, dass die Empfänger sich schriftlich verpflichten mussten, die Lektüre nach dem Lesen zu vernichten – verbanden ausgewählte Hintergrundinformationen mit politischen Kommentaren und begleiteten das Zeitgeschehen im Bund und im Land. Der Empfängerkreis

wurde hier auf einen scharfen antikommunistischen Kurs eingeschworen. Gleichzeitig arbeitete Baader mit gezielten Indiskretionen und nutzte dieses Forum um gezielt Informationen, die für viele Empfänger schwer zugänglich waren, zu verbreiten. Dies geschah insbesondere, um Personen zu diskreditieren, die als Gegner angesehen wurden.

Zum Verständnis für die folgende Entwicklung möchte ich einen kurzen Blick auf die Innenpolitik werfen:

Aus der Bekennenden Kirche der NS-Zeit war in den süd- und westdeutschen Landeskirchen eine starke Strömung hervorgegangen, die sich für ein neutrales und entmilitarisiertes wiedervereinigtes Deutschland einsetzte. Aus ihnen war die von Gustav Heinemann begründete Gesamtdeutsche Volkspartei hervorgegangen. Innerkirchlich war die Strömung in den kirchlichen Bruderschaften organisiert, die sich für eine Verständigung mit dem Ostblock engagierten und entsprechend das Gespräch auch mit Kommunisten suchten. Mit dieser Positionierung hatten sich GVP und Bruderschaften in eine scharfe Gegnerschaft zu Bundeskanzler Adenauer begeben und wurden staatlicherseits scharf bekämpft: Der erste Demonstrationstote der Bundesrepublik – ein junger Kommunist – war 1952 auf einer verbotenen Kundgebung gegen die Wiederaufrüstung in Essen getötet worden, die vom Frankfurter Studentenpfarrer Mochalski, also den kirchlichen Bruderschaften, organisiert worden war.

Die KPD hatte in der ersten Phase des Kalten Krieges in Westdeutschland kaum noch Zustimmung, der 17. Juni 1953 tat ein Übriges. Dennoch wurde sie am 17. August 1956 verboten und das Verbot am selben Tag u.a. mit 25.000 Haussuchungen umgesetzt, ca. 10.000 Kommunisten, darunter viele ehemalige KZ-Häftlinge, kamen ins Zuchthaus, mehr als 60.000 Menschen emigrierten in die DDR. Die Härte gegen die West-Kommunisten erklärt sich nicht aus einer realen Bedrohung durch die KPD, sondern vielmehr durch die Geschehnisse auf der anderen Seite des Eisernen Vorhangs.

In der Hochzeit der Ostermarschbewegung wurde im Dezember 1960 die Deutsche Friedensunion gegründet, nachdem sich drei Jahre zuvor die GVP aufgelöst und deren Prominenz mehrheitlich der SPD beigetreten war. Die DFU forderte Abrüstung und ein neutrales, wiedervereinigtes Deutschland. Von Ostberlin massiv unterstützte illegale KP-Mitglieder hatten hier wohl maßgeblichen Einfluss, gleichzeitig engagierten sich aber auch zahlreiche evangelische Theologen aus dem Umfeld der kirchlichen Bruderschaften für die DFU. Zur Bundestagswahl im September 1961 erhielt die DFU im aufgeheizten Klima kurz nach dem Mauerbau gerade 1,9 % der Wählerstimmen.

Der „*Vertrauliche Informationsdienst*“ diagnostizierte den Theologen, die sich für die DFU engagierten „*politische Dummheit*“, denn in „*dieser vom Osten gesteuerten und finanzierten politischen Partei*“ seien auch noch „*Freidenker*“ organisiert. In der Ausgabe nach dem Mauerbau wurde die DFU ausführlich thematisiert. Positiv hervorgehoben wurde, dass in Schleswig-Holstein, wo die DFU „*über bemerkenswert viel Geld für Wahlpropaganda*“ verfüge, nur wenige Pastoren offen zur Wahl der DFU aufgerufen haben. Umso ausführlicher ging der Informationsdienst auf den ehemaligen Möllner Pastor Dr. Bartsch ein, der inzwischen Dozent an der Frankfurter Universität war und zusammen mit dem Darmstädter Studentenpastor Mochalski zur Wahl der DFU aufrief.

Ein Jahr später hatte sich im Vorfeld der schleswig-holsteinischen Landtagswahl am 23. September 1962 der Ton des „*Vertraulichen Informationsdienstes*“ deutlich verschärft. Am 11. September 1962 erschien unter der Überschrift „*Dr. Heinemann im Zwielficht*“ ein Beitrag, der eine Entfremdung vom Rechtsstaat sichtbar machte. Darin wurde die rechtsanwaltliche Tätigkeit Gustav Heinemanns für inhaftierte KPD-Mitglieder angeprangert. Weiter hieß es:

„Heinemann hat kürzlich den Rat der EKD mit dem Antrag überrascht, der Rat möge offiziell bei der Bundesregierung verlangen, dass künftig dem sattsam bekannten Ostberliner Theologiedozenten Dr. Hanfried Müller wieder die

Einreise in die Bundesrepublik gestattet werde. Bekanntlich hatten Organe des Verfassungsschutzes Hanfried Müller vor einiger Zeit genötigt, an der Zonengrenze umzukehren und von der Reise zu einer Tagung der Kirchlichen Bruderschaften abzusehen. Es ist lediglich den beschwörenden Worten des Präsidenten Brunotte von der Kirchenkanzlei zu danken, dass der Rat der EKD dem Heinemannschen Antrag nicht folgte und damit verhinderte, dass die EKD für einen der übelsten theologisch getarnten kommunistischen Agitatoren eintrat.“

Baader begrüßte also, dass den Kirchlichen Bruderschaften ein Zusammenkommen mit einem Theologen unmöglich gemacht wurde, der zugleich offener Anhänger der SED war. Dass Mitarbeiter des Verfassungsschutzes illegal hoheitliche Aufgaben wahrgenommen hatten, fand hier offene Zustimmung, der erste Bundesinnenminister und spätere Bundespräsident wurde hingegen mit seiner rechtsstaatlichen Orientierung ins Zwielficht gerückt.

In diese Atmosphäre fiel ein Wahlaufuf, den ein Dutzend Pastoren der Landeskirche vor der Landtagswahl an die Parteien versandten. Darin setzten sich die Pastoren für Verständigung und Gespräche mit dem Ostblock ein und forderten militärische Entspannung: *„Es wäre falsch und verhängnisvoll, wenn die Kirche die guten Erkenntnisse, über Krieg und Frieden, die sie nach dem fatalen Ende von 1945 gewonnen hat, vergessen und verschweigen würde.“*

Unterschrieben hatten zwölf Pastoren, darunter Christian Dethleffsen, Heide, Holmer Gertz,² Medelby, Gerhard Torp, Flensburg, Harald Richter, Ladelund, und Hans Maggaard, Munkbrarup.

Dieser Aufruf wiederum wurde umgehend von der DFU mit dem Zusatz, die DFU unterstütze vorbehaltlos die Forderungen der Pastoren, als Flugblatt

² Im Personenregister meiner Darstellung wird Holmer Gertz als DFU-Mitglied bezeichnet. Dies ist falsch. Es handelte sich um einen Übertragungsfehler, den ich beim Korrekturlesen übersehen habe. SL

gedruckt und vor Kirchen verteilt. Daraufhin verwahrte sich die Landeskirche scharf gegen Flugblattverteilungen auf kirchlichem Grund durch die DFU. Fünf Tage später erfolgte ein Bericht Wolfgang Baaders an die Kirchenleitung nachdem ostdeutsche Medien über den Aufruf berichtet hatten. „*Die Mitteilungen des ostzonalen Rundfunks decken sich mit den Informationen des Landesamtes für Verfassungsschutz, die mir gesprächsweise von einem höheren Landesbeamten mitgeteilt wurden. Danach hat die DFU eine Pfarrerkonferenz abgehalten, an der u.a. folgende Pastoren teilgenommen haben.*“

Die im Folgenden von Baader aufgeführten Namen deckten sich nur in einem Fall mit der Unterzeichnerliste – offenbar hatte er den Aufruf selbst noch nicht erhalten.

Von Seiten der CDU kam die Reaktion auf den Aufruf der Pastoren am 5. Oktober 1962, als Ministerpräsident Kai-Uwe von Hassel auf einer Tagung des EAK in Wiesbaden die „14 Pastoren“ scharf angriff und gleichzeitig seine Kritik Pastor Dethleffsen per Brief mitteilte. Den Vorgang leitete von Hassel am 9. Oktober an die Bischöfe und Baader bzw. den EPV zur Kenntnis weiter. Am 18. Oktober schließlich erschien in der sozialdemokratischen schleswig-holsteinischen Volkszeitung (VZ) ein Artikel „*Pastoren, DFU – und Herr von Hassel*“, der eine neue Version der Entstehung des Aufrufs präsentierte. Danach war der Aufruf in Ostberlin vorformuliert worden und von „Friedensfreunden“ in einem Wartburg persönlich zur Unterzeichnung ins Pastorat überbracht worden. Diese Darstellung nahmen die Pastoren als direkte Diffamierung und reichten Unterlassungsklage gegen den Redakteur der Volkszeitung ein, der am 26. Oktober 1962 stattgegeben wurde.

Am 12. November kam es zur Auseinandersetzung vor der Landessynode in Rendsburg, wo Bischof Halfmann den Aufruf als „*Aktion zugunsten einer politischen Partei*“ charakterisierte und angesichts der öffentlichen Angriffe gegen die Pastoren erklärte, die Kirchenleitung könne sich „*in dieser Sache nicht schützend vor ihre Pastoren stellen*“.

In der Folge der Synode kam es Anfang Dezember zu einer persönlichen Aussprache der Bischöfe mit Vertretern des Pastorenkreises, die allerdings zu keiner Annäherung der Standpunkte geführt hatte.

Zwischenzeitlich hatte die Volkszeitung (VZ) Beschwerde gegen die Unterlassungsverfügung eingelegt. Direkt im Vorfeld der Verhandlung vor dem Landgericht Kiel kam es aber zu einer gütlichen Einigung, nachdem die Pastoren erfahren hatten, dass der Artikel der Volkszeitung auf Informationen vom EPV – also Wolfgang Baader basierte. Die Einigung verpflichtete die VZ, den Pastoren eine Seite für einen richtigstellenden Artikel zur Verfügung zu stellen, der am 24. Januar unter der Überschrift *„Eine peinliche Lage – für wen?“* erschien und von Harald Richter im Auftrag des Pastorenkreises verfasst worden war.

Der Inhalt wurde bereits am Vortag vom Vertraulichen Informationsdienst Baaders unter der Überschrift *„Die Pressefehde der 12 (DFU-) Pastoren“* auf vier Seiten wiedergegeben und ausführlich kommentiert. Darin präzisierte Baader seine Vorwürfe zur Entstehung des Aufrufs:

„Die Idee, einen Wahlauf Ruf zu erlassen, stammte von der DFU. Der Landesgeschäftsführer dieser Partei, Herr Pawellek, wohnte auch einer der diesem Aufruf vorausgehenden Besprechungen bei.“

Den Beitrag Pastor Richters in der Volkszeitung kommentierte er wie folgt:

„Der Text, den das Kieler SPD-Organ nun abdrucken muss, ist nicht gerade von großer Klarheit. Es ist ganz offenbar die Absicht des Verfassers – der Entwurf war von Pastor Richter, Ladelund, abgezeichnet –, die Kirchenleitung in Kiel der CDU-Hörigkeit zu bezichtigen und die SPD sozusagen für die Friedensideologie zu beschlagnahmen. Im übrigen zeugt das Dokument von einem fast peinlichen politischen Dilettantismus und einer durch wenig Theologie getriebenen kirchlichen Ignoranz, über die kein Wort zu verlieren wäre, wenn man nicht die DFU hinter den Aktivisten dieser Pastorengruppe wüsste.“

Der Kreis, der nach Ansicht des Journalisten Baader von „*wenig Theologie getrübt*“ war, hatte sich auf einem Treffen im Herbst schwerpunktmäßig mit Luthers Zwei-Reiche-Lehre beschäftigt. Anfang Januar 1963 lud Christian Dethleffsen zu einem erweiterten Treffen nach Flensburg-Rude ein, bei dem die Tagesordnung eine Andacht von Hans Magaard und Informationen von Christian Dethleffsen vorsah und als Schwerpunkt die Lehre von der „Analogia fidei“ durch Johannes Notrott diskutiert werden sollte.

Parallel zur Einladung dieses Treffens hatte der Kreis beschlossen, ein größeres Treffen in Rendsburg am 18. Februar 1963 anzuberaumen. Hier sollte ein „Arbeitskreis für politische Diakonie“ gegründet werden. Um hierzu breit einzuladen, hatten Holmer Gertz und Harald Richter die Adressen von befreundeten und interessierten Pastoren zusammengetragen und zusätzlich vom Landesgeschäftsführer der DFU, Walter Pawellek, Adressen von Pastoren aus dessen Verteiler erhalten. An diesen Kreis von insgesamt 48 Pastoren ging eine Einladung zur Tagung in Rendsburg.

Unmittelbar nach dem Versand lag Bischof Halfmann eine vollständige Abschrift der Adressenliste vor, die er umgehend am Rand einer Kirchenleitungssitzung an Wester weitergab. Halfmann war sich der Brisanz bewusst, dass die Bischöfe einen Zugang zu Interna des Pastorenkreises erhalten hatten. Daher schrieb er die Begleitinformationen handschriftlich – also ohne Diktat an die Sekretärin – an seinen Kollegen Wester (der allerdings alle vertraulichen Geheiminformationen in einer eigenen Handakte ablegte und so der Nachwelt erhielt):

„Lb. Br. Wester! Hier ist die Abschrift des Begleitschreibens von Baader zu der Liste, die ich Ihnen bei der heutigen Sitzung gab.

Kiel, den 11. Januar 1963. „Streng Vertraulich. Persönlich!

Die in der Anlage beigefügte Liste mit Namen von Pastoren in Schleswig-Holstein und Lübeck wurde mir mit der dringenden Bitte um Quellenschutz zugespielt. Es ist die Abschrift einer Liste, die dieser Tage Pastor Gertz, Medelby, dem Geschäftsführer Pawellek von der DFU übergeben hat. Er soll dabei beteuert haben, dass die auf der Liste Genannten entweder schon für die DFU gewonnen seien oder doch gewonnen werden könnten.

Wie ich weiter hörte, hat Gertz bei dieser Gelegenheit Einzelheiten von der Besprechung der Herren Bischöfe mit den Aufrufunterzeichnern in Schleswig-Holstein der DFU mitgeteilt. Dabei soll er sich auch sehr abfällig über den Vorsitzenden der Kirchenleitung geäußert haben.

Diese Mitteilung ist mir unter äußerster Geheimhaltung zur Kenntnis gekommen und muss deshalb vertraulich bleiben. Weitere Einzelheiten kann ich nur mündlich vortragen.“ (Baader)

Ihr Halfmann“

Das Schreiben legt den Verdacht nahe, dass der Verfassungsschutz einen Informanten in unmittelbarer Umgebung von DFU-Geschäftsführer Pawellek oder Pastor Gertz platziert hatte, der Kenntnis der Gespräche und Zugang zu den Adressen hatte.

Dem Bericht Baaders zufolge soll Pastor Gertz dem DFU-Geschäftsführer Pawellek die Namensliste überreicht haben, damit dieser sie für die gezielte Ansprache nutzen konnte. Diese Behauptung war unsinnig, waren doch auf der Liste auch bekannte DFU-Mitglieder und der exponierte Sozialdemokrat Johann Haar. Dies hätten die Bischöfe bei gründlicher Lektüre und eigener Recherche erkennen können. Hier fehlte aber jede kritische Distanz gegenüber den Überbringern der Informationen, so dass die Bischöfe die Aktivitäten der Gruppe und die Vorbereitung der Rendsburger Tagung als Vorbereitungen zum Aufbau einer Pastorengruppe der DFU ansahen.

Wer hier mit welchem Interesse Desinformation betrieb, ist offen. Entweder hatte der Verfassungsschutz gezielt die Adressen mit der Falschbehauptung an seinen Mittelsmann Baader weitergegeben oder Baader selbst hatte die Liste mit der DFU in Verbindung gebracht. Zusätzlich muss auch die Möglichkeit in Betracht gezogen werden, dass ein Informant sich gegenüber dem Verfassungsschutz wichtig machen wollte.

Die Bespitzelung der Pastoren fand die ausdrückliche bischöfliche Zustimmung, so schrieb Wester an Baader:

„Ich bin über die „Aufklärungen“, die wir durch Ihre Vermittlung empfangen haben, sehr dankbar und meine auch, dass die für den Weg der Gesamtkirche Verantwortlichen um diese Dinge wissen müssen.“

Die signalisierte Offenheit für zugetragene Informationen verstärkte den Informationsfluss über die enge Kooperation zwischen Pastoren und DFU nach dem beschriebenen Schema, das in den Briefen Halfmanns an Wester dokumentiert ist:

„Von Herrn Baader habe ich heute mündlich weitere Informationen erhalten. Herr Baader will sie nicht schriftlich aktenkundig machen und hat sie mir nur mündlich durchgegeben. Ich glaube aber, dass ich sie Ihnen weitergeben darf und soll.“

Ende 1963 konstituierte sich der Pastorenkreis als Kirchliche Bruderschaft Schleswig-Holstein und Pastor Dethleffsen sandte Bischof Halfmann die Gründungsunterlagen mit Protokoll und Predigt zur Kenntnis. Halfmann erbat daraufhin von Dethleffsen Angaben über zwei nur mit Nachnamen genannte Mitglieder, die ihm unbekannt waren. Als Dethleffsen Halfmann die biografischen Informationen der beiden Mitglieder zuschickte, ließ dieser die

Angaben umgehend weiterleiten an Bischof Wester – und den Verbindungsmann zum Verfassungsschutz Wolfgang Baader. Dated ist das Schreiben am 2. Januar 1964, sechs Tage vor Halfmanns Tod.

Die skizzierte Kooperation wurde danach von Bischof Wester bis zu seiner Emeritierung 1967 fortgeführt. Daran änderte sich auch nichts, nachdem im Rahmen der Verfassungsschutz-Affäre sowohl die illegalen Praktiken als auch die hohe Anzahl ehemaliger SS- und Gestapo-Angehöriger im Verfassungsschutz bekannt wurden. Eine vergleichbare Zusammenarbeit Baaders bzw. des Landesamtes für Verfassungsschutz mit seinen Nachfolgern ist nicht dokumentiert.

Bei dem Streit um die „DFU-Pastoren“ lassen sich das Vorgehen und die Motive der Akteure nicht vollständig aufklären. Die Unterlagen des Landesamtes für Verfassungsschutz sind vermutlich vernichtet worden. Daher muss hinsichtlich des Vorgehens des Verfassungsschutzes vieles offen bleiben. Dies betrifft auch die Frage, ob der Geheimdienst zielgerichtet Zersetzung in der evangelischen Kirche betrieben hat, oder ob hier Informanten Desinformation betrieben haben. Nach Angaben des Spiegel saßen *„in der Deutschen Friedens-Union (DFU) die V-Leute so dicht an dicht, dass die Partei keiner unkontrollierten Bewegung mehr fähig ist.“* Das Arbeiten mit Informantennetzen birgt für Geheimdienste immer das Risiko, dass nicht der Geheimdienst die Informanten benutzt, sondern umgekehrt. Zudem kann es durchaus im Interesse des Verfassungsschutzes liegen, dass gesellschaftliche Konflikte verschärft werden – eine solche Entwicklung könnte der finanziellen Ausstattung des Dienstes förderlich sein. Der Chef des EPV und Vorsitzende des EAK der CDU Schleswig-Holstein Wolfgang Baader vertrat in den Auseinandersetzungen der 1950er und 1960er Jahre vielfach eigenständige Interessen und es lässt sich nicht abschließend beantworten, ob seine Hauptloyalität den Bischöfen, der CDU oder dem Verfassungsschutz galt.

Klarheit hingegen lässt sich bei dem Verhalten der Bischöfe gewinnen. Sie schenkten dem Geheimdienst mehr Vertrauen als ihren eigenen Brüdern. Hier fehlte die kritische Distanz zur Arbeit und Arbeitsweise eines Geheimdienstes und das vor dem Hintergrund der Erfahrungen der NS-Zeit. Erklärung bietet hier der übersteigerte Antikommunismus und das durch den Mauerbau verstärkte konfrontative Blockdenken sowie die Orientierung an einem Staat, dessen Handeln in lutherisch interpretierter Obrigkeitsfixierung nicht in Frage gestellt wurde. Ihre eigene Nähe zur CDU verstanden die Bischöfe dabei nicht als politische Parteinahme. Vielmehr war dies für sie eine unpolitisch verstandene Nähe zur Regierung. Dies zeigte sich auch darin, dass Bischof Wester der zitierten Handakte zum Pastorenkreis den Titel „*Politische Pastoren*“ gegeben hatte – „politisch“ war die Regierungskritik. Solch eine Begrifflichkeit wurzelte tief in vordemokratischem Denken.

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

ich springe in die 1980er, genauer zum Kirchentag 1981. Bischof Wölber bat damals den Chef des Hamburger Verfassungsschutzes, Christian Lochte, um Informationen über geplante Proteste zum Kirchentag.

Die Dossier, das Wölber hierauf aus Informationen des Bundesamtes für Verfassungsschutz und der Landesämter Hamburg und Schleswig-Holstein zusammenbestellt wurde, enthielt Informationen über zahlreiche Prominente, z.B. „*Prof. Dr. Dorothee Sölle, Mitglied im orthodox-kommunistisch beeinflussten Antiimperialistischen Solidaritätskomitee für Afrika, Asien und Lateinamerika*“ und die Namen von 30 Theologen der Nordelbischen Kirche, die in der Friedensbewegung aktiv waren. Aus dem Dossier war ersichtlich, dass V-Leute des Verfassungsschutzes bei Vorbereitungstreffen kirchlicher Friedensgruppen in der Evangelischen Studentengemeinde Hamburg beteiligt waren. Die Pläne der Friedensgruppen umfassten angemeldete Demonstrationen und das Absingen von Protestchorälen. Ein kritisches Hinterfragen des

dargebotenen Materials fand bei Wölber nicht statt. Am 10. Juni 1981 übersandte er Teile des Berichts, die Mitarbeiter und Pastoren in Nordelbien betrafen, an den Vorsitzenden der Kirchenleitung, Bischof Stoll.

„Danach wird deutlich,“ so Wölber, „dass die seither auch bei uns viel Unruhe schaffenden Aktionen detailliert zur Kenntnis des Staatsschutzes kommen, dies einschließlich der Namen unserer Mitarbeiter. Was mich im Ganzen aber am meisten bestürzt, ist der Umstand, wie stark unsere Szene mit dem gesamten linken Spektrum in der Bundesrepublik in der einen oder anderen Weise verstrickt ist. Ganz am Rande erscheint hier auch die 'legale' Sympathisantenschaft der RAF. Man könnte aus den Unterlagen auch völlig eindeutig den harten Kern derjenigen zusammenstellen, die ihre kirchliche Position und vermutlich auch kirchliche Mittel als 'Amtsträger' verwenden, um ihre politischen Ziele zu erreichen. Man wird wohl einmal über die ganze Sache sehr gründlich zu Rate gehen müssen.“

Eine Reaktion Bischof Stolls ließ sich nicht feststellen. Es lässt sich aber keine weitere Verwendung der Informationen – weder öffentlich noch intern – feststellen bzw. belegen. Auch wenn keine schriftliche Reaktion Bischof Stolls vorliegt, zeigt eine andere Episode, dass dieser eine grundsätzlich andere Haltung als Wölber vertrat:

1981 ging der langjährige Leiter des epv Nord, Wolfgang Baader, in den Ruhestand. Lediglich den Vorsitz des Vereins der Zeitschriftenverleger in Hamburg und Schleswig-Holstein behielt er inne. 1982 wagte Baader einen beruflichen Neuanfang und wurde u. a. Nordelbien-Korrespondent des idea. Am 13. Dezember 1982 schrieb der Vorsitzende der Kirchenleitung, Bischof Karlheinz Stoll, einen Brief an die Kirchliche Sammlung, z. Hd. Wolfgang Baader. Darin reagierte er auf den idea-Artikel *„Was ein Kronzeuge über die DFU sagt. Bewegung 'Christen für die Abrüstung' kommunistisch gesteuert“*

von Gustav Wiegand. Sein Schreiben hatte Stoll an Baader adressiert, da sich *„der Schreiber m.W. hinter einem Pseudonym verbirgt“*, und forderte:

„Sorgen Sie doch bitte dafür, dass Ihr Herr 'Wiegand', gerade wenn er polemisch schreibt, sich nicht hinter einem Pseudonym verbirgt. Polemik aus dem Hinterhalt schafft Verbitterung, verschärft die Gegensätze und verweigert zugleich die Auseinandersetzung, die zur Klärung führen könnte.“

Die Frage nach dem Pseudonym ließ Baader in seiner Antwort vom 30. Dezember 1982 unbeantwortet, verteidigte den Artikel aber inhaltlich und bestätigte so den unausgesprochenen Verdacht Stolls, Baader sei der Autor. Inhaltlich ging es um den Vorwurf, die Organisation „Christen für die Abrüstung“ (CfA) sei *„kommunistisch gesteuert“*. Bischof Stoll wurde vorgeworfen, auf einer Veranstaltung von CfA in Rendsburg eine Andacht gehalten zu haben. Am Ende der Verschwörungskette, in der Unwahres mit Wahrem vermischt worden war, stand der Hinweis, der Krefelder Appell der neuen Friedensbewegung sei *„auf Geheiß der KPdSU ins Leben gerufen worden“*.

Stoll wies in seinem Schreiben u. a. darauf hin, auf der Veranstaltung seien außer ihm noch der CDU-Justizminister Henning Schwarz und Abgeordnete von SPD und FDP gewesen und bilanzierte:

„Dieser Artikel ist so voller Fehler, Vorurteile und Unterstellungen, dass sowohl der Sache des Friedens, wie der Kirchlichen Sammlung und der Kirche überhaupt Schaden zugefügt wird. Wenn wir als Kirche in der Friedensdiskussion glaubwürdig sein wollen, dann darf man nicht so unsachlich argumentieren und alles, was einem nicht passt mit Kommunisten in einen Topf werfen“.

In seiner Antwort verwies Baader auf die Verfassungsschutzberichte aus Kiel und Bonn, denen zufolge die DFU eine „*kommunistische Tarnorganisation*“ sei. Die Verbindung zwischen DFU und CfA sei „*erwiesenermaßen eng*“. Auf die von Stoll geforderte Distanzierung von dem Beitrag antwortete Baader, es wäre „*überaus unredlich*“, der „*DFU bzw. CfA einen Persilschein auszustellen*“.

Baader weiter:

„Doch möchte ich nicht versäumen, Ihnen anzubieten, unser möglicherweise umfassenderes Wissen um die Zusammenhänge dieser Art Ihnen zur Verfügung zu halten. Eine gemeinsame Beratung halte ich in solchen Fällen für durchaus möglich und sinnvoll.“

In seiner kurzen Antwort konstatierte Stoll nur, dass Baader auf manches in seinem Schreiben nicht eingegangen sei, und beendete den Schriftwechsel mit der Feststellung: „*Das Ganze bleibt für mich eine betrübliche und ärgerliche Geschichte.*“

Das Beratungsangebot Baaders ähnelte seinem Vorgehen in den 1960er-Jahren. Zugleich knüpfte er in der denunziatorischen Form seiner Berichterstattung für idea an seinen „*Vertraulichen Informationsdienst*“ der 1950er- und 1960er-Jahre an. In seiner dualistischen Weltsicht war sich Baader ebenso treu geblieben wie in den Methoden der politischen Auseinandersetzung.

Im Verhalten des Vorsitzenden der Kirchenleitung hingegen zeigte sich ein grundlegender Wandel: Bischof Stoll verwahrte sich strikt gegen den anonymen Stil des Berichtes. Und er lehnte es ab, durch das Behaupten einer etwaigen Nähe zu Kommunisten eine inhaltliche Auseinandersetzung zu verweigern. Derartige Umgangsformen, so Stoll, schaden der Kirche. Auf das Angebot, vermeintliche Hintergrundinformationen zu erhalten, reagierte er nicht einmal. Hier wurde deutlich, dass seit den 1960er-Jahren ein Paradigmenwechsel

stattgefunden hatte, und zwar sowohl im bischöflichen Selbstverständnis als auch im Verständnis vom demokratischen Diskurs.